

Online-Diskussion

Ausgleich in der Ägäis?

Die griechisch-türkischen Gespräche

Kooperationsveranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft mit dem Länderbüro Hessen/Rheinland-Pfalz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 15. April 2021

Bericht von Wladimir Dirksen, München

Einleitung

Vor 200 Jahren begann der Kampf der Griechen um die Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind seitdem regelmäßig Belastungsproben und Säbelrasseln ausgesetzt.

Im Jahr 2020 standen Griechenland und die Türkei im Streit über maritime Hoheitsrechte am Rande einer kriegerischen Auseinandersetzung. Inzwischen hat sich die Lage an der Südostflanke der NATO nicht zuletzt in Folge politisch-diplomatischer Bemühungen Deutschlands beruhigt. Das am 15. April 2021 stattgefundene Treffen der Außenminister Athens und Ankaras war ein weiterer Schritt in Richtung Entspannung. Von einem dauerhaften Ausgleich sind die zerstrittenen Nachbarn aber weit entfernt.

Auf der Online-Veranstaltung diskutierten *Michael Thumann*, außenpolitischer Korrespondent der ZEIT, und *Dr. Ronald Meinardus*, Leiter des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Istanbul unter Moderation von *Dr. Ceyda Nurtsch* von der Deutschen Welle darüber, wie trotz der alten historischen Wunden und der neuentdeckten Erdgasfelder die Wogen zwischen den beiden Mittelmeerstaaten geglättet werden können.

Nach einigen kurzen Grußworten seitens der Friedrich-Naumann-Stiftung durch *Patrick Walz* und seitens der Südosteuropa-Gesellschaft durch Geschäftsführer *Dr. Hansjörg Brey* startete die Diskussion mit einer Anmoderation von Frau *Dr. Ceyda Nurtsch*. Sie gab zu Beginn einen Überblick der neuesten Ereignisse in den Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei und unterstrich die Aktualität und Brisanz des Themas durch das am gleichen Tag stattfindenden-

de, erste Treffen der Außenminister Griechenlands und der Türkei seit Jahren. Die erste Frage von Frau Nurtsch richtete sich an Michael Thumann, mit der Bitte um eine Skizzierung des Erdgaskonfliktes zwischen beiden Ländern.

Thumann wies darauf hin, dass der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei nicht auf Ressourcen und Bodenschätze reduziert werden kann, sondern dass es sich bei dem Konflikt der beiden Länder um einen klassischen Territorialkonflikt handelt, der sich um Meeressgrenzen, Hoheitsgewässer und ausschließliche Wirtschaftszonen dreht. Hierbei ginge es nicht nur um Bodenschätze, sondern um ein grundsätzliches Infragestellen der von der Wiener Seerechtskonvention von 1982 festgesetzten Grenzziehung. Der 1982 verabschiedeten und 1994 in Kraft getretenen UN-Seerechtskonvention sei Griechenland damals – im Gegensatz zur Türkei – beigetreten. Neben Griechenland seien die allermeisten UN-Mitglieder der Seerechtskonvention beigetreten. Laut Thumann würde Griechenland sich daher im aktuellen Grenzstreit auf eben jene Konvention berufen, während die Türkei die Konvention im Gegensatz dazu nicht gelten lassen wolle. Die Nichtanerkennung der Konvention sei in der Region des östlichen Mittelmeers eine Ausnahme und würde angesichts der Tatsache, dass die meisten UN-Mitgliedstaaten die Konvention ratifiziert hätten, die Türkei zu einem Sonderfall in dieser Frage machen.

Ziel der Wiener Seerechtskonvention sei gewesen, die Frage darüber, ob Inseln einen Anspruch auf einen Festlandssockel und der damit verbundenen ausschließlichen Wirtschaftszone haben, zu klären. Wie die Konvention damals befunden habe, hätten auch Inseln ein Anrecht auf eine ausschließliche Wirtschaftszone und

damit das Recht auf Ausbeutung der Bodenschätze in diesen Gebieten. Hierin liegt laut *Thumann* auch der argumentative Widerspruch zwischen Griechenland und der Türkei – nämlich die Frage, ob die strittige Seegrenze beider Länder sich nach dem Festlandsockel der griechischen Inseln oder aber dem der türkischen Küste richten soll.

Im Hinblick auf diese Fragestellung wies *Thumann* auf die sich nur wenige Kilometer vor der türkischen Küste befindende, kleine griechische Insel Kastelorizo hin. Kastelorizo sei ein extremes Beispiel für die Gebietsansprüche, die nach der Seerechtskonvention Griechenland zufallen würden. Anhand dieses Beispiels verdeutlichte *Thumann*, dass es durchaus Unzulänglichkeiten gäbe, die in einigen Fällen hinsichtlich der Anwendbarkeit der Seerechtskonvention bestünden. Die sich gegenseitig überlappenden Ansprüche beider Länder hätten durch die Positionierung von Bohr- und Kriegsschiffen in letzter Zeit zu einer Zuspitzung des Disputs geführt. Griechenland befände sich in dieser Situation in weitgehender Übereinstimmung mit anderen Anrainerstaaten des östlichen Mittelmeers wie Ägypten, Israel und Zypern, während die Türkei ihren einzigen Partner, nämlich Libyen, nur durch ihre Intervention im libyschen Bürgerkrieg gefunden hätte.

Meinardus pflichtete den Ausführungen *Thumanns* bei und wies darauf hin, dass zwar der 15. April ganz im Zeichen der griechisch-türkischen Beziehungen stünde, in den Tagen zuvor hingegen sowohl in Griechenland als auch in der Türkei der außenpolitische Fokus auf Libyen gelegt worden sei. Die gesamte libysche Regierung sei laut *Meinardus* erst vor wenigen Tagen auf Staatsbesuch in Ankara gewesen. Der griechische Ministerpräsident wiederum sei samt Außenminister kurz vorher erstmalig seit Ausbruch des Bürgerkriegs in Libyen zu Besuch gewesen. Die Konzentration beider Länder auf Libyen würde daher rühren, dass die Türkei mit Libyen ein Memorandum of Understanding über ihre gegenseitigen Territorialansprüche im östlichen Mittelmeer abgeschlossen hat. Dieses Memorandum spreche laut *Meinardus* den beiden großen griechischen Inseln Kreta und Rhodos jegliche Ansprüche auf einen Festlandsockel ab und überschreite damit eine „Rote

Linie“ für Griechenland. *Meinardus* erinnerte daran, dass der Konflikt sich daher nicht nur wie ursprünglich auf die Ägäis beschränkt, sondern auch das östliche Mittelmeer und die Zypern-Frage miteinschließt.

Mögliche Lösungen des Konflikts

Angesichts der territorialen Tragweite und der hohen Einsätze beider Länder fragte *Nurtsch* nach möglichen Wegen zu einer Lösung des Konflikts, die über bloße Gespräche hinausginge. Durch die bereits im Vorfeld diametral entgegengesetzten Auffassungen beider Länder darüber, was genau verhandelt werden solle oder überhaupt verhandelbar sei, wäre es laut *Thumann* schwierig, mögliche Lösungswege für den Streit aufzuzeigen. Griechenland würde beispielsweise die Themen der Verhandlungen möglichst eng fassen wollen und sich vorzugsweise auf Verhandlungen über ausschließliche Wirtschaftszonen und den Status Zyperns beschränken wollen.

Die Türkei würde im Gegensatz dazu die Verhandlungen an andere Fragestellungen koppeln wollen. So bestünde Ankara beispielsweise darauf, dass die Verhandlungen auch auf einen möglichen Verzicht der Stationierung griechischen Militärs auf den Inseln vor der türkischen Küste ausgeweitet werden oder dass Nord-Zypern von Griechenland anerkannt werden soll. Die Gespräche würden sich daher auch nach Aussetzung der Verhandlungen von 2016 bis 2020 hauptsächlich darum drehen, worüber man eigentlich verhandeln will. Dazu gehöre auch die Frage, ob man den Internationalen Gerichtshof zur Entscheidungsfindung anrufen solle. Hier zeige sich die Türkei aus Sorge darüber, dass das internationale Seerecht als Grundlage einer Entscheidung des Gerichts herangezogen werden würde, äußerst widerwillig.

Ceyda Nurtsch fragte *Roland Meinardus* danach, was man über den Zypern-Konflikt wissen müsse, um mehr über den Seegrenzen-Konflikt in der Ägäis zu verstehen. Der griechisch-türkische Konflikt umfasse drei klar differenzierbare Teilbereiche, fasste *Meinardus* zusammen, nämlich den Konflikt um Zypern, den um die Ägäis und einen Konflikt um Minderheitenfragen. Bei der Minderheitenfrage gehe es um eine zahlenmäßig starke türkisch-muslimische Minderheit in

Nord-Griechenland einerseits und andererseits um eine schwindende griechisch-orthodoxe Minderheit in Istanbul. Zypern sei laut Meinardus der eigentliche Kern des griechisch-türkischen Konflikts. Deshalb könne es ohne eine Klärung der Zypern-Frage keine dauerhafte Aussöhnung der beiden Länder geben. An der inner-zyprischen Grenze stünden sich seit den 1960er Jahren bewaffnete Truppen beider Länder gegenüber.

Probleme, die es auf Zypern gebe, würden insbesondere von der Türkei als Hebel benutzt, um in anderen Bereichen Druck aufzubauen. So gibt es laut *Meinardus* jeweils Zusammenhänge zwischen der Eskalation der Unterdrückung der griechischen Minderheit in der Türkei oder dem Konflikt in der Ägäis mit dem Zypern-Konflikt. Dies bedeute, dass die beiden Teilbereiche des Konflikts, welche die Ägäis oder die Minderheitenfrage betreffen, von der Türkei dafür benutzt würden, um in der Zypern-Frage Druck auszuüben.

In der Zypern-Frage dränge die griechisch-zyprische Seite auf eine Wiedervereinigung unter einem kommunalen Dach in Form einer Föderation, wohingegen die türkisch-zyprische Seite eine Zwei-Staaten-Lösung fordere. *Meinardus* argumentierte, dass, solange es keine Lösung der Zypern-Frage gebe, auch keine Einigung zwischen Griechenland und der Türkei gefunden werden könne.

Auswirkung der türkischen Innenpolitik

Nurtsch fragte daraufhin nach den innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei, die zu der in den letzten Jahren immer aggressiveren türkischen Außenpolitik geführt hätten. *Thumann* erklärte, dass auf beiden Seiten ein wachsender Nationalismus die Außenpolitik bestimmt. Jedoch sei es insbesondere die Türkei, deren nationalistische Rhetorik sich zunehmend auf den Konflikt und somit gegen Griechenland richte. Seit dem Wahljahr 2015, in dem die türkische Regierungspartei AKP die erste von zwei Wahlen deutlich verlor, und dem darauffolgenden Jahr 2016, in dem es durch den gescheiterten Putschversuch gegen die Regierung Recep Tayyip Erdogans einen Schock in der Türkei gegeben habe, hätte Erdoğan eine Kehrtwende hingelegt, die sich zunehmend in Nationalismus

und autokratischen Tendenzen Erdogans ausdrücke.

Die wechselnden Koalitionspartner des laut *Thumann* politisch sehr opportunistischen türkischen Präsidenten hätten sich insbesondere nach dem versuchten Militärputsch von 2016 von pro-europäischen und liberalen zu immer nationalistischeren Koalitionspartnern entwickelt. Diese teilweise ethno-nationalistischen und pantürkistischen Parteien würden eine Lösung des Konflikts stark behindern, wenn nicht gar unmöglich machen. Zur Koalition Erdogans gehöre die MHP, eine ethno-nationalistische und pantürkistische Partei, die Partei der sogenannten „Grauen Wölfe“. Gleichzeitig sei die AKP mit linksnationalistischen und kemalistischen Kräften im „Establishment“ und der Armee verbündet. Dieser nach innen gerichtete Nationalismus würde von Erdogan auch nach außen getragen und sich gegen die Nachbarstaaten der Türkei, insbesondere Griechenland, richten. Aber auch in Griechenland seien es nationalistische Maximalpositionen, die es den Griechen erschwerten, ihren europäischen Partnern die griechische Position verständlich zu machen.

Dies alles seien Gruppen, die dem über 15 Jahre währenden diplomatischen Ausgleich zwischen beiden Ländern nach der sogenannten „Erdbebendiplomatie“ sehr kritisch gegenüberstünden. Nach verheerenden Erdbeben in der Türkei im August 1999 und danach in Athen im September 1999 ließen sich beide Länder gegenseitig großzügige Hilfen zukommen, woraufhin sich die diplomatischen Beziehungen für längere Zeit deutlich verbesserten. Diese 15 Jahre diplomatischer Entspannung hätten gezeigt, dass es durchaus einen Lösungsweg für den Konflikt gebe, und daher würde *Thumann* den Begriff der „Erbfeindschaft“ beider Länder klar ablehnen.

Moderatorin *Nurtsch* fragte angesichts der nationalistischen Tendenzen des Konflikts nach der Erinnerungsgeschichte beider Länder. Welche Auswirkungen haben die Erinnerung an die griechische Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich im Jahr 1821 und an die Gründung der türkischen Republik im Jahr 1923 auf den Konflikt? Sowohl Griechenland als auch die Türkei hätten sich vor allem durch Kriege gegeneinander als

Staaten konstituiert, resümierte *Meinardus*. Dementsprechend seien griechische nationale Erfolge immer auch türkische nationale Niederlagen – und umgekehrt. Bezogen auf die Unabhängigkeit Griechenlands von den Osmanen im Jahr 1821, deren 200. Jahrestag Anfang 2021 noch groß in Griechenland gefeiert worden sei, hätte man von der Türkei wenig Reaktionen darauf vernehmen können. Was wiederum die Türken als ihren Sieg gegen griechische Invasoren und das Erlangen ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1923 feiern, gelte in Griechenland als „Katastrophe von Kleinasien“ und stelle ein nationales Trauma dar, da der griechische Traum eines trans-ägäischen Griechenlands damit für alle Zeiten gestorben sei. Diese Feindbilder seien laut *Meinardus* eine Konstante und würden von den Nationalisten beider Seiten bedient, wobei die Medien eine sehr gewichtige Rolle spielen würden.

Meinardus zeigte hiernach eine Karte der offiziellen maritimen Militärdoktrin der Türkei, die „Mavi Vatan“, also „blaues Vaterland“, heißt. Die in der Doktrin beinhalteten Territorialansprüche schließen einen Großteil der griechischen Inseln an der türkischen Küste mit ein und seien deshalb insbesondere für Athen völlig inakzeptabel. Für die Griechen sei nämlich eine „geographische Kontinuität zwischen dem kontinentalen und dem insularen Griechenland eine Frage der Staatsräson“, erklärte *Meinardus*. Für die Griechen seien die Inseln keine bloßen Anhängsel, sondern ganz elementare Bestandteile und gewissermaßen das Zentrum des Landes. Daher kämen sie in Bezug auf die Frage nach einem Festlandssockel der Inseln von ihren Maximalforderungen nicht ab.

Thumann wies auf eine aktuelle Entwicklung bezüglich der türkischen Militärdoktrin „blaues Vaterland“ hin. Demnach habe man den nationalistisch-kemalistischen Admiral namens Cem Gürdeniz, welcher die Ideologie des „Mavi Vatan“ vor etwa zehn Jahren erdacht habe, mittlerweile in der Türkei verhaftet. Gürdeniz gehörte zu einer Gruppe von 103 Generälen, die eindringlich vor einem Bruch der Konvention von Montreux, welche die Durchfahrtsrechte durch die Dardanellen und den Bosphorus regelt, gewarnt haben. Außerdem hätten die Generäle in ihrem Aufruf vor einer Islamisierung des Mili-

tärs gewarnt und betont, dass die türkischen Streitkräfte die Grundsätze der Verfassung, in der etwa die strenge Trennung von Kirche und Staat festgeschrieben ist, wahren müssen. Diese Entwicklung führe vor Augen, dass es auch innerhalb der nationalistischen Bewegung in der Türkei Verwerfungen gebe.

Hinsichtlich des griechisch-türkischen Konflikts wies *Meinardus* außerdem darauf hin, dass es in der maritimen Aufrüstung der Türkei und Griechenlands durchaus auch eine deutsche Dimension gebe. Demnach würde die deutsche Rüstungsindustrie sowohl die Türkei als auch Griechenland zunehmend mit Militärschiffen ausstatten. Hierbei gebe es auch innerhalb Deutschlands eine größer werdende Debatte darüber, wie man mit diesen Rüstungsexporten, insbesondere mit den U-Boot-Exporten, umgehen solle. Die deutsche Rüstungsindustrie habe sich in der Vergangenheit darum bemüht, das militärische Gleichgewicht zwischen beiden Ländern aufrecht zu erhalten und an beide Länder zu exportieren. *Meinardus* erklärte, dass es bisher den Griechen gelungen sei, mithilfe ihrer auch aus deutscher Produktion stammenden U-Boot-Flotte eine gewisse militärische Überlegenheit ihrer Marine aufrecht zu erhalten. Dies sei der Grund gewesen, warum nun die Debatte über geplante U-Boot-Lieferungen an die Türkei im deutschen Bundestag wieder aufgeflammt sei.

Die Rolle der EU

Moderatorin *Nurtsch* fragte daraufhin angesichts militärischer Abwägungen auch nach den diplomatischen Beziehungen zwischen den Europäischen Staaten und der Türkei in diesem Konflikt. Deutschland sei in einer Vermittlerrolle tätig gewesen, wohingegen Frankreich die Position Griechenlands eingenommen hätte. Die Frage, die sich nun stelle, sei, ob es eine kohärente europäische Position zum Konflikt gebe und was passieren müsste, damit es eine möglichst einstimmige und nachhaltige europäische Außenpolitik in dieser Frage gibt.

Die unterschiedlichen Haltungen Deutschlands und Frankreichs beschrieb *Thumann* als eine „Good cop, bad cop“-Strategie gegenüber der Türkei. Allerdings würden die Ansätze beider Länder zunehmend auseinanderklaffen, da Frankreich ganz klar auf eine Eindämmungsstra-

ategie setze, wohingegen Deutschland einen Dialog bevorzuge. Das Festhalten Deutschlands an seiner Vermittlerrolle und die damit verbundene Dialogbereitschaft gegenüber einer immer eskalationsfreudigeren Türkei stießen demnach in Griechenland auf großen Unmut. Insbesondere wegen der Identifikation als Vermittler einerseits und der zeitgleichen deutschen U-Boot-Lieferungen an die Türkei andererseits würde die deutsche Position derzeit in Griechenland auf große Kritik stoßen. In Berlin würde jedoch, so Thumann, nicht nur die Rolle der Türkei gegenüber Griechenland, sondern auch ihre Rolle im Syrienkonflikt, im Konflikt mit Russland oder auch im Hinblick auf den Flüchtlingspakt in die Strategiefindung miteingeschlossen. Es sei Berlin wichtig zu verhindern, dass durch eine Positionierung Deutschlands aufseiten Griechenlands und Frankreichs die Türkei gewillt sein könnte, eine Koalition mit Russland einzugehen. Diese Sorge hänge mit dem Konflikt im Donbass, im Osten der Ukraine, zusammen. Dort habe die Ukraine gerade in der Türkei einen Rüstungslieferanten und strategischen Partner als Anrainerstaat des Schwarzen Meeres, der sich hemmend auf die russischen Einkreisungsversuche der Ukraine auswirken könne.

Fragen aus dem Publikum

Zum Ende der Diskussion brachte Moderatorin *Nurtsch* auch Publikumsfragen mit ein. Aus dem Publikum wurde die Frage aufgeworfen, ob Griechenland und die Türkei sich nicht auf eine gemeinsame Ausbeutung von Erdgasvorkommen im Mittelmeer einigen könnten – gerade im Hinblick darauf, dass Erdgas in Zukunft ohnehin weniger Nachfrage finden würde. Die vernünftige Lösung des Konflikts wäre laut *Meinardus* eindeutig ein Übereinkommen beider Länder sowohl in der Ausbeutung fossiler Brennstoffe als auch im Hinblick auf eine politische Kooperation in Zypern und der Ägäis. Es habe in der Vergangenheit schon mehrere Eskalationen in den Beziehungen der beiden Staaten gegeben, auf welche immer eine Phase der Entspannung und Verständigung gefolgt wäre. Jedoch sei die Lage im Augenblick aufgrund der immer nationalistischeren Rhetorik in beiden Ländern dermaßen festgefahren, dass eine Konsensfindung in naher Zukunft unwahrscheinlich sei. Eine weitere Stimme aus dem Publikum schlug vor, dass die EU und auch die NATO den Druck

erhöhen könnten, um eine Lösung des Konflikts vor einem internationalen Gericht zu finden.

Thumann stellte hierzu klar, dass beide Seiten einem solchen Schlichtungsversuch durch eine dritte Partei erst zustimmen müssten. Dies könnte unter großem Druck zwar passieren, wäre besonders im Hinblick auf die Türkei aber unwahrscheinlich. *Meinardus* stimmte zu und unterstrich, dass die Bundesregierung in hohem Maße zur momentanen Entspannung beigetragen hat. Die moderierende und konfliktvermeidende Rolle Deutschlands habe in diesem Konflikt großen Erfolg gehabt.

Nurtsch griff an dieser Stelle die Frage aus dem Publikum auf, welche Rolle Israel in diesem Konflikt spielen würde. Der griechische Außenminister Dendias würde nach seinem Treffen mit türkischen Vertretern in Ankara weiter nach Zypern fliegen, um sich dort mit Vertretern Zyperns, der Vereinigten Arabischen Emirate und Israels zu treffen und über die Lage im östlichen Mittelmeer zu sprechen. Laut *Meinardus* gibt es eine sehr intensive Zusammenarbeit Israels mit Griechenland und Zypern. Israel habe zwar ebenso wie die Türkei das Seerechtsabkommen nicht ratifiziert, jedoch habe das Land auf Basis des internationalen Seerechts eine Abgrenzung der gegenseitigen ausschließlichen Wirtschaftszonen mit der Republik Zypern erreicht. Israel sei nach dem Fund riesiger Erdgasvorkommen in seinen Gewässern zu einem wichtigen Spieler im östlichen Mittelmeer aufgestiegen und sehr an einem geregelten Abtransport seines Erdgases über zyprisches Hoheitsgebiet auf den europäischen Markt interessiert.

Thumann ergänzte die Ausführungen mit dem Hinweis, dass Israel sich erst im März 2021 mit Griechenland und Zypern darauf geeinigt habe, eine Stromtrasse von Israel über Zypern und Griechenland nach Europa zu verlegen. Ein tiefer Eingriff in die Statusfragen zwischen Griechenland und der Türkei sei auch der von der Türkei geplante Bau eines zweiten Bosphoruskanals. Insbesondere auch deswegen, weil die Konvention von Montreux, welche die Passage durch Meerengen regelt, nur für den bestehenden Bosphoruskanal gelte. Diese Konvention engte die Türkei laut Thumann in gewisser Weise ein, weil ihr nicht das Recht zustehe, beispielsweise russische Kriegsschiffe daran zu hindern,

den Bosphoruskanal dafür zu nutzen, um in den syrischen Bürgerkrieg einzugreifen.

In dieser Hinsicht würde die Vollendung eines zweiten Bosphoruskanals nicht nur die patronalen Netzwerke Erdoğan bereichern und seine Macht ausbauen, sondern der Türkei auch das Recht geben, frei zu entscheiden, wer diesen zweiten Kanal passieren darf oder auch nicht. Diese Machtstellung könnte die Türkei, so ein Gedankenexperiment *Thumanns*, dann dazu nutzen, um ausgewählten Schiffen die Passage durch den bestehenden Bosphoruskanal aus beispielsweise ökologischen Gründen zu verwehren. Die Schiffe wären dann gezwungen, sich um eine Passage durch den zweiten Kanal zu bemühen und wären damit einer von den Beschränkungen der Konvention von Montreux befreiten Willkür Ankaras ausgesetzt.

Dieses türkische Bemühen um den zweiten Kanal bezeichnete *Meinardus* als eine zutiefst revisionistische Logik, die das geltende Seerecht infrage stelle. Nach der Logik nicht weniger Amtsträger innerhalb der Türkei werde geltendes Recht, das unvorteilhaft erscheint, einfach nicht befolgt. Dies zeige sich beispielsweise in der Verweigerung zum Beitritt zur Seerechtskonvention, dem öffentlichen Infragestellen des Lausanner Vertrags, dem Austritt aus der Istanbul-Konvention über Frauenrechte oder auch in der Weigerung, das Pariser Klimaabkommen zu ratifizieren. Dahingehend sei es ein großer Erfolg Griechenlands, seine bilateralen Streitigkeiten mit der Türkei zu europäisieren und zu internationalisieren. So habe auf dem letzten EU-Gipfel der Streit im östlichen Mittelmeer ganz oben auf der Agenda gestanden. Die Außenpolitik der EU gegenüber der Türkei wird laut *Meinardus* heute wesentlich von dem Verhalten der Türkei im östlichen Mittelmeer bestimmt. Drohgebärden oder Rechtsbrüche Ankaras im östlichen Mittelmeer würden heute direkte Auswirkungen auf die europäische Außenpolitik haben.

Die Frage aus dem Publikum, ob es denn nicht ein Widerspruch sei, dass Deutschland einerseits die Vermittlerrolle in dem Konflikt eingenommen habe, aber andererseits gleichzeitig Rüstungsgüter in die Türkei liefere, bejahte *Meinardus* entschieden. Er bezeichnete diese Poli-

tik als nicht prinzipientreu und kritisierte, dass Deutschland sich leider nicht immer an das, was es predige, auch halten würde.

Nurtsch bat *Thumann* zum Ende der Diskussion um seine Vorstellung darüber, wie man eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten könnte. Hierauf antwortete *Thumann*, dass es nötig wäre, die divergenten Positionen Berlins und Paris' zusammenzubringen. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik müsse auch Griechenland klarmachen, dass die EU einerseits absolut solidarisch mit ihrer Position sei. Dass aber andererseits, gerade im Hinblick auf Beispiele wie die kleine Insel Kastelorizo, diese Solidarität durch das griechische Festhalten an unrealistischen Maximalforderungen nicht überstrapaziert werden dürfe.

Die letzte Frage richtete *Nurtsch* an *Meinardus*, der bereits sowohl in Griechenland als auch in der Türkei wohnte gewesen ist. Angesichts der Tatsache, dass Griechenland immer noch das beliebteste Urlaubsland der Türken sei, wollte *Nurtsch* wissen, ob die Antipathie zwischen Türken und Griechen auch in der Gesellschaft bestünde oder vielmehr ein medial aufgeblasenes, politisch motiviertes Phänomen wäre.

Letzteres bejahte *Meinardus* entschieden und ging sogar noch weiter, indem er erklärte, dass die Nachrichten aus den Zeitungen die Realität nicht getreu widerspiegeln würden. Beide Seiten, die bereits seit vielen Jahren verhandeln, hätten sich laut *Meinardus* in Detailfragen schon längst auf einen Großteil der infrage stehenden Kompromisse geeinigt. Daher würden es nur noch wenige offene Fragen sein, die einer Gesamtlösung des Konflikts im Wege stünden. Eine Einigung beider Länder scheitere nur noch am politischen Willen der Regierungen, die ihrer Wählerschaft noch nicht beibringen könnten oder wollten, dass sie einen Kompromiss gefunden haben. Dies gelte genauso für Zypern – die zyprischen Unterhändler hätten 2017 in Genf zum Zeitpunkt des Abbruchs der Verhandlungen nur noch rund ein Prozent der Territorialfragen nicht geklärt gehabt. Insgesamt sei man also in den Verhandlungen mittlerweile sehr weit gekommen, jedoch sei das Klima derzeit von der nationalistischen Rhetorik beider

Seiten überschattet, sodass es momentan zu keiner Lösung kommen könne.

Als möglichen Lösungsweg zeigte *Meinardus* auf, dass es bereits Erfahrungswerte in der Lösung des Konflikts gibt, an die man sich halten solle. Diese beinhalteten vor allem Fortschritte in der Kommunikation beider Länder sowohl miteinander als auch mit ihrer jeweiligen Bevölkerung. Es gelte, Kontakte zu intensivieren, die Kommunikation zu erleichtern und den Austausch zu fördern. Die öffentliche Meinung in den Ländern müsse durch gezielte Kommunikation positiv beeinflusst werden, um Feindbilder abzuschaffen und vertrauensbildende Maßnahmen einzuleiten. Insofern sei das derzeit stattfindende Treffen zwischen den beiden Außenministern ein gutes Signal. *Meinardus* sprach sich außerdem für ein Moratorium sowohl für das östliche Mittelmeer als auch für die Ägäis aus, bis eine Lösung gefunden sei.

Als entscheidenden Punkt äußerte *Meinardus* zum Schluss den Vorschlag, eine gemeinsame

Vision zu schaffen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Beziehungen beider Länder am besten gewesen seien, als es noch eine realistische Perspektive für eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union gegeben habe. In dieser Zeit sei Ankara zu weitreichenden Konzessionen bereit gewesen und auch Griechenland sei gewillt gewesen, die Beziehungen zu seinem Nachbarn zu intensivieren. Daher sollte eine gemeinsame Vision eine europäische Vision sein. Derzeit sei die Vision einer türkischen EU-Mitgliedschaft jedoch mittelfristig höchst unrealistisch. Viele EU-Staaten seien der Meinung, dass die Türkei nicht „Europa-fähig“ sei. Diese Einschätzung kritisierte *Meinardus* als inakzeptabel und illiberal. Wenn sich also langfristig die Beziehungen zwischen den Ländern verbessern sollten und eine gemeinsame europäische Vision beider Länder wieder auf dem Tisch ist, sieht *Meinardus* ganz klar die Chance auf eine spannungsfreie und nachhaltig friedliche Einigung im östlichen Mittelmeer.